



Tatort des Terroranschlags in München 1980, CSU-Parteichef Strauß 1978: Zeugen unzureichend befragt, wichtige Spuren nicht verfolgt

ERMITTLER

Im rechten Netz

Der Anschlag aufs Münchner Oktoberfest soll nach 31 Jahren neu aufgerollt werden. Bislang unbekannte Dokumente zeigen: Der angebliche Alleinattentäter Gundolf Köhler war tief verwurzelt in einem Milieu aus Neonazis und CSU. Doch solche Erkenntnisse waren damals nicht willkommen.

Die ersten Festbuden haben schon geöffnet, Blasmusik erklingt, als sich an einem sonnigen Vormittag Ende September Menschen mit ernstem Gesicht auf dem Münchner Oktoberfest versammeln.

Tränen fließen, einige haben rote Blumen in der Hand und legen sie schweigend am Eingang zur Theresienwiese nieder. Sie sind gekommen, um an ihre Angehörigen zu erinnern, an ihre Eltern, Geschwister, Ehepartner, die vor genau 31 Jahren an dieser Stelle ermordet wurden, beim schwersten Terroranschlag der bundesdeutschen Geschichte. 13 Menschen wurden getötet, über 200 verletzt.

Robert Platzer ist einer der Überlebenden, er war damals zwölf Jahre alt. Er erinnert sich: „Ich sah, wie sich am Ausgang ein junger Mann über einen Papierkorb beugte, als wollte er mit beiden Händen etwas Schweres heben.“ Im selben Moment explodierte in seinen Händen eine

Bombe. Platzer wurde Zeuge, wie zwei seiner Geschwister starben: zerfetzt und durch die Luft geschleudert.

Jetzt soll der Fall neu aufgerollt werden, so haben es Politiker aller Parteien auf der Gedenkveranstaltung Ende September versprochen. Zuvor hatte bereits der bayerische Landtag in einem überparteilichen Beschluss gefordert, die Ermittlungen wiederaufzunehmen.

Zu viele Fragen sind noch immer offen. Vor allem diese: Wer war Gundolf Köhler, der die Bombe legen wollte und dabei starb? Wer oder was hat ihn zum Attentäter gemacht? Und was waren die politischen Hintergründe seiner Tat? Gehörte der Anschlag in jene lange Reihe rechtsextremer Gewalttaten, die damals Westeuropa erschütterten?

Schon früh machten Spekulationen über Köhlers rechtsextremen Hintergrund die Runde. Und im vorigen Jahr gab es ernste Zweifel, dass der 21-jährige

Student am 26. September 1980 wirklich allein am Tatort war (SPIEGEL 37/2010). Offen aber ist bis heute die Frage, warum die Behörden den Anschlag niemals vollständig aufgeklärt haben. Hatte die in Bayern regierende CSU daran kein Interesse?

Keine zwei Wochen vor der Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 wollten die Christsozialen und ihr damaliger Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß von rechtsextremem Terror nichts wissen. In ihrem Weltbild kam die Bedrohung grundsätzlich von links. Das gesellschaftliche Klima war vergiftet, die RAF und ihre Sympathisanten galten im Strauß-Lager, und nicht nur dort, als Staatsfeind Nummer eins.

Dass rechtsextreme Gruppen zugleich ein eigenes, loses Terrornetzwerk aufbauten, dass sie über Jahre immer wieder zuschlugen, in Hamburg, Nürnberg, Esslingen, aber auch in Antwerpen und Bo-



EDON STEINER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

logna (siehe Grafik Seite 52): Das passte nicht in diese Sicht. Die Ermittlungen waren entsprechend halbherzig.

Drei Jahrzehnte lang galt im Fall des Oktoberfest-Anschlags offiziell die Theorie vom verwirrten „Alleintäter“. Das bayerische Landeskriminalamt (LKA) hatte sie schon im Mai 1981, nach nicht einmal achtmonatigen Ermittlungen, in einem „Schlussvermerk“ aufgestellt. Auch die Bundesanwaltschaft wollte „keinerlei Anhaltspunkte“ erkennen, dass „Dritte“ Köhler beeinflusst haben könnten. Damit schien der Vorgang erledigt.

Bislang war nur dieser Schlussvermerk durchgesickert, unbekannt blieben die Ermittlungsakten, auf denen er basiert. Jetzt konnte der SPIEGEL erstmals diese Akten auswerten; dazu Stasi-Dossiers und andere, teils geheim gehaltene Aufzeichnungen – insgesamt rund 46 000 Blatt.

Nun zeigt sich: Mehrere Behörden Bayerns und des Bundes wussten schon vor dem Attentat von Köhlers rechtsextremen Verbindungen. Trotzdem gingen sie ernstesten Hinweisen nicht ernsthaft nach. Beweismittel wie die Bombenreste wurden noch in der Tatnacht entfernt, Zeugen nur unzureichend befragt, wichtige Spuren nicht verfolgt.

Gründlichere Ermittlungen hätten bereits damals das rechtsextreme Netz hinter Köhler aufdecken können. Doch dann wären auch die Beziehungen von Strauß und anderen CSU-Politikern in diese

Szene zum Thema geworden. Politiker und Ermittler vergaben eine große Chance, der Terror von rechts wurde – anders als jener von links – lange Zeit kleingeredet und als Verirrung von „Alleintätern“ verharmlost.

Wie im Fall von Gundolf Köhler. Im „Schlussvermerk“ des Ermittlungsberichts des bayerischen LKA zum Oktoberfest-Attentat fehlen alle Hinweise auf unmittelbare rechte Zusammenhänge und mögliche Mittäter.

Die Ermittler beschrieben Köhler als unauffälligen Sohn aus einem Mittelschichtelternhaus im baden-württembergischen Donaueschingen; ein Geologiestudent, der sich als Jugendlicher für Chemie und Fossilien interessierte. Sein Motiv liege im Dunkeln. Die Ermittler notierten nur: Eine „nicht bestandene Prüfung zum Vordiplom“ könne „den endgültigen Anstoß“ zur Tat gegeben haben.

Dabei waren die Behörden, wie die Akten nun zeigen, bereits damals schlauer. Schon mit 14 Jahren pflegte Köhler demnach erste Kontakte zur NPD. Er besuchte deren Landesparteitag und Wahlveranstaltungen. In Donaueschingen hatte er engen Kontakt zu einem Altnazi, der fast wie ein Vater sein Weltbild prägte. Über Köhlers Bett hing jahrelang ein Hitler-Bild, er sammelte Abzeichen, Bücher und Bilder aus der NS-Zeit. Zum Geburtstag beschenkte er sich selbst mit einem Stahlhelm, er erwarb Soldatenstiefel und begann, in einem Schießsportverein an der Waffe zu üben.

„Er befürwortete die Vernichtung der Juden und Kommunisten im Dritten Reich“, gab einer von Köhlers Freunden nach dem Attentat der Polizei zu Protokoll. Außerdem habe er davon geschwärmt, in der Bundesrepublik einer SS oder Reichswehr anzugehören, „um gegen Kommunisten vorgehen zu können“. Als Köhler einmal zum Bordellbesuch nach Straßburg reiste, äußerte er nach Aussagen von Begleitern beim Anblick orthodoxer Juden, „dass der Adolf vergessen hätte, sie zu vergasen, und jetzt müssten wir für die alten Männer Rente zahlen“. Einer von Köhlers Brüdern fasste später gegenüber der Polizei zusammen: „Im Laufe der Jahre stabilisierte sich diese rechtsradikale Gesinnung.“

Trotzdem haben Bundesanwaltschaft und bayerisches LKA Köhlers Weltanschauung in ihren Schlussvermerken heruntergespielt, ebenso wie seine feste Einbindung in rechtsextreme Organisationen.

So war Köhler Mitglied der „Wiking-Jugend“, der damals wichtigsten, am Vorbild der „Hitlerjugend“ orientierten Kaderschmiede deutscher Neonazis. Ihre

mehrere hundert uniformierten Mitglieder wurden von „Gauführern“ geleitet. Sie lernten, mit Gewehren zu schießen, verübten Anschläge mit Rohrbomben und wollten als „reichstreue Jugend“ die Linke bekämpfen. 1978 überfielen „Wiking-Jünger“ vier Nato-Soldaten auf einem niedersächsischen Truppenübungsplatz und erbeuteten mehrere Maschinenpistolen und Magazine.

Doch die Münchner Polizei hielt die Neonazi-Jugend für keine lohnenswerte Fährte. Sie erkannte bei einer Durchsuchung von Köhlers Zimmer nicht mal dessen Mitgliedsausweis. „Da ich diese Organisation (Wikingjugend) nicht kannte, schenkte ich diesem Ausweis keine Beachtung. Ich hielt diese Ausweise für eine Sammelei und Spielerei des Gundolf Köhler“, hielt der Einsatzleiter der „Soko Theresienwiese“ in einem Vermerk fest.

Bei einer weiteren Durchsuchung zwei Wochen später nahmen die Beamten den Ausweis zwar mit. Im Schlussvermerk wurde der belastende Beweis aber nicht erwähnt. Fahndungen im „Wiking“-Milieu unterblieben.

Auch Köhlers Engagement in der „Wehrsportgruppe“ (WSG) des Neonazis Karl-Heinz Hoffmann interessierte die Beamten kaum. Ebenso wenig, dass er „früher mal“ an einem ihrer Treffen teilgenommen hatte. Rechte Umtriebe wurden seinerzeit im Freistaat von höchster Stelle heruntergespielt. Im bayerischen Landtag etwa sagte Franz Josef Strauß im März 1979 wörtlich: „Machen Sie sich doch nicht lächerlich, wenn Sie gewissen Gruppierungen – Sie haben heute die Wehrsportgruppe Hoffmann genannt – eine Bedeutung zumessen, die sie nie hatten, nie haben und in Bayern nie bekommen werden.“

Selbst für das Verbot der Wehrsportgruppe durch die Bonner SPD-FDP-Koalition im Januar 1980 hatte der CSU-Chef nur Spott übrig. Man solle Hoffmann doch „in Ruhe lassen“, wenn er „sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen ‚battledress‘ spazieren geht“.

Aus den umfangreichen Ermittlungsakten geht nun hervor, dass die Behörden schon vor dem Attentat von Köhlers Kontakten zu Hoffmann wussten. Der Militärische Abschirmdienst hatte Schreiben zwischen Hoffmann und Köhler abgefangen, die bis heute geheim gehalten werden. Auch der baden-württembergische Verfassungsschutz erfasste und beobachtete Köhler, weil er in zwei Listen der WSG 1977 und 1979 als Mitglied aufgetaucht war. Die Polizei wusste ebenfalls



POLIZEI / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Bombenleger Köhler
Hitler-Bild über dem Bett



BERND FISCHER

Wehrsportgruppe Hoffmann 1976: „Nach einem Führer schreien“

lange vor dem Attentat von Köhlers Verbindungen zur Wiking-Jugend und Hoffmanns WSG. Sie fand seinen Namen auf Mitgliedslisten, die sie im rechten Milieu sichergestellt hatte.

Zur Wehrsportgruppe, heißt es hingegen in den Ermittlungsakten, habe Köhler nur bis 1976 Kontakte gehabt. Dass er bei Hoffmann eine Art Guerilla-Ausbildung durchlaufen und mit Kameraden über „die Möglichkeit eines Bürgerkriegs in Deutschland“ diskutiert hatte, fanden die Ermittler nicht ausreichend interessant.

Wiking-Jugend und Wehrsportgruppe blieben nicht die einzigen Stationen in Köhlers Extremistenkarriere. Auch als Student in Tübingen begab er sich ins Zentrum der rechten Szene. Er folgte dem Rat Hoffmanns, Kontakt zum rechtsradikalen Hochschulring Tübinger Studenten aufzunehmen. Dessen Anführer war Axel Heinzmann, heute NPD-Anhänger, damals ein junger CDU-Politiker, der an der Uni auch unter den Hitler-Initialen „A.H.“ bekannt war.

Heinzmann sollte Köhler beim Aufbau einer Wehrsportgruppe helfen, so hatte es Hoffmann in einem Brief an seinen jungen Schützling empfohlen. Damit geriet Köhler an die Schnittstelle zwischen Rechtsextremismus und national-konservativem Establishment. Denn Axel Heinzmann bediente geschickt zwei Milieus: Neonazis und die Christlich-Soziale Union. Er war eine treibende Kraft der CSU-nahen Aktionsgemeinschaft Vierte Partei, die eine bundesweite Ausdehnung der Christsozialen zum Ziel hatte. Mit befreundeten Neonazis besuchte Heinzmann außerdem gemeinsame Tagungen mit NPD-Funktionären und Bundestagsabgeordneten der CSU, darunter auch dem außenpolitischen Sprecher der Partei, Hans Graf Huyn.

Diese sogenannten Afrika-Seminare hatten die Bekämpfung des Kommunis-

mus zum Thema. In bester Eintracht diskutierten Neonazis und Strauß-Anhänger, darunter etliche CSU-Bundestagsabgeordnete, wie die rote Gefahr am besten zu besiegen sei. „Unsere Freiheit wird am Kap verteidigt“, lautete ein Tagungsmotto. Aus Solidarität unternahmen CSU- und NPD-Politiker Ende der siebziger Jahre Reisen ins südliche Afrika. Edmund Stoiber, damals Generalsekretär seiner Partei, warb 1981 für die CSU-Trips „mit einer Reihe interessanter Gesprächspartner“. Sein Chef Strauß erklärte bei anderer Gelegenheit: „Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein“, auch wenn sie noch so reaktionär seien.

In Tübingen hatte Axel Heinzmann zu jener Zeit längst seine Militanz offenbart. Am 4. Dezember 1976 kam es dort zu ei-

Man könnte es „den Linken in die Schuhe schieben, dann wird der Strauß gewählt“.

ner blutigen Schlägerei. Etwa 200 Antifaschisten versuchten, ein Neonazi-Treffen zu verhindern. Mittendrin im Getümmel waren Hoffmann, Heinzmann und ihre Kumpane – auch Köhler. Die Lokalpresse berichtete von einer der „brutalsten Auseinandersetzungen in der Stadt seit 1945“. Hoffmann prahlte in einem Flugblatt – mit der Überschrift „Muss Blut fließen?“ – damit, dass er und seine Anhänger in nur drei Minuten sieben Linke „krankenhausreif“ geschlagen und „viele andere verletzt“ hätten.

Auch Köhler gab mit der Prügelei an. Er habe „bei Aktionen einer rechtsradikalen Truppe in Tübingen mitgemacht“ und ordentlich „Putz gemacht“, sagte er später zu Freunden in Donaueschingen.

Köhlers Verhältnis zu Heinzmann, seine Rolle in der Tübinger Szene, die Verbindungen zwischen CSU und Ultrarech-

ten – auch diesen Spuren gingen die Ermittler nicht nach.

Keine Aufklärung für die Öffentlichkeit gab es zudem über die unmittelbare Vorgeschichte des Attentats. Dabei liefern Zeugenaussagen in den umfangreichen Akten deutliche Hinweise, dass Köhler nicht nur Probleme mit der Universität im Sinn hatte.

Anfang August 1980, wenige Wochen vor dem Anschlag, sprach der Student mit engen Freunden über die im Oktober anstehende Bundestagswahl. Er wolle Strauß wählen, sagte er, aber auch die NPD müsse mehr Stimmen bekommen. Am Ende könne wohl ohnehin nur Gewalt zu Veränderungen führen; nicht nur die Linken, auch die Rechten müssten endlich mal zuschlagen.

Köhler erklärte in dem Gespräch außerdem, man könne doch einen Bombenanschlag in Bonn, Hamburg oder München verüben. Nach dem Anschlag „könnte man es den Linken in die Schuhe schieben, dann wird der Strauß gewählt“.

Ähnliches hatten Neofaschisten in Italien bereits vorgemacht. Nur acht Wochen zuvor hatte ein Bombenanschlag den Bahnhof von Bologna verwüstet, 85 Menschen starben, 200 wurden verletzt. Das rechtsextreme Attentat wurde zunächst als Tat linker Terroristen dargestellt. Es war eine Strategie, die Köhler und andere Rechtsradikale in der Bundesrepublik offenbar faszinierte. Eine Serie von Bombenanschlägen sollte im Land Angst erzeugen; in dieser Atmosphäre könnte dann eine neue nationalsozialistische Diktatur vorbereitet werden.

Und dann gibt es noch einen Hinweis, der Fragen nach den Hintergründen des Oktoberfest-Anschlags aufwirft. Wenige Wochen vor dem Attentat kam Köhlers Idol Hoffmann offenbar in Italien mit dem international gefürchteten Neofaschisten Joachim Fiebelkorn zusammen. Dieser Neonazi aus Eppstein im Taunus war Informant des Bundeskriminalamts sowie mehrerer Geheimdienste und hatte als rechte Hand von Klaus Barbie, dem ehemaligen Gestapo-Chef von Lyon, in Bolivien eine paramilitärische Kampfgruppe mitaufgebaut. In bislang nicht bekannten Stasi-Akten heißt es, Fiebelkorn habe sich „am 13. Juli 1980 in Rom mit Karl-Heinz Hoffmann“ sowie französischen und italienischen Rechtsextremisten „auf Anweisung von Chiaie getroffen“.

Der italienische Neofaschist Stefano delle Chiaie galt damals als internationaler Top-Terrorist – eine Art rechtes Gegenstück zum linken Terroristen „Carlos“. Westliche Geheimdienste machten Chiaie und seine wechselnden Terrororganisationen wie „Ordine Nuovo“ in den siebziger und achtziger Jahren für antikommunistische Terroranschläge auf mehreren Kontinenten verantwortlich. Was hat Hoff-

mann bei seinem Treffen in Italien besprochen, wenn es wie von der Stasi vermerkt stattgefunden hat? Ging es nur um ideologische Fragen? Oder um Anschläge in der Bundesrepublik nach italienischem Muster?

Hoffmann, der mehrere Jahre wegen anderer Vergehen inhaftiert war und inzwischen in Sachsen Wollschweine züchtet, sagt heute: „Ich war 1980 nicht in Italien, Fiebelkorn habe ich nie gesehen oder gesprochen, ich weiß über ihn überhaupt nichts. Ich war weder der Ziehvater noch der Anstifter von Gundolf Köhler, der im Übrigen nicht Täter, sondern Opfer eines inszenierten Attentats war. Alle Ermittlungsverfahren dazu gegen mich wurden eingestellt.“

In den Akten zum Oktoberfest-Anschlag ist nachzulesen, dass Köhler noch drei Wochen vor dem Attentat mit Freunden über seinen Mentor Hoffmann gesprochen hat. „Gundolf zitierte hierbei Hoffmann, der mehrmals gesagt hat, dass, je größer das Ziel und die Werte desselben seien, desto mehr Opfer könne es geben“, heißt es in einer Zeugenaussage.

Dann explodierte die Bombe in München. Am Ausgang der Oktoberfest-Wiese sah es aus wie auf einem Schlachtfeld. Abgerissene Körperteile, Sterbende auf dem Gehweg, überall verwirrte und verletzte Passanten, die eben noch in Feierstimmung waren. Was bislang niemand wusste: Es gab schon damals Hinweise auf mögliche Mittäter. Vier Jugendliche bezeugten, sie hätten Köhler kurz vor dem Attentat mit mehreren jungen Männern in Bundeswehrparkas gesehen. Sie fertigten eine Skizze von Köhler und seinen möglichen Komplizen an, die weitgehend mit den Angaben eines weiteren Zeugen übereinstimmten. Auch für diese Spur zeigten die Fahnder kein großes Interesse.

Noch in derselben Nacht wollte der Bund, damals sozial-liberal regiert, Ermittler an den Tatort schicken, doch die Bayern winkten ab. Zu später Stunde erschien Franz Josef Strauß auf der Theresienwiese. Der Bundestagswahlkampf war gerade in seiner heißen Phase, der bayerische Kanzlerkandidat setzte umgehend auf Offensive und versuchte, das Attentat den Linken anzulasten.

Wenige Stunden später schrieb er einen Kommentar für die „Welt am Sonntag“: „Seit Monaten erhalte ich Andeutungen, dass vor den Wahlen mit einem Anschlag zu rechnen sei.“ Ob der Anschlag von links oder rechts komme, sei egal. „Zunächst hat der Terror auf der Linken begonnen. Wir haben vor einer solchen Entwicklung jahrelang gewarnt.“

Rechter Terror

Weitere Anschläge mit rechtsradikalem Hintergrund vor rund 30 Jahren

11. Mai 1976 Dieter Epplen, Anhänger der Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann, verübt einen Bombenanschlag auf den amerikanischen Soldaten-essen AFN in München. Die Bombe zündet zu früh, Epplen wird schwer verletzt.

Herbst 1977 Anschläge der „Braunschweiger Gruppe“ auf das Amtsgericht Hannover und die Anwaltschaft Flensburg.

21. Februar 1980 Rohrbomben-Anschlag der „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA) um Manfred Roeder auf das Landratsamt Esslingen wegen einer Auschwitz-Ausstellung.

18. April 1980 Rohrbomben-Anschlag der DA auf Landrat Hans Peter Braun, der für die Auschwitz-Ausstellung zuständig war.

27. April 1980 Rohrbomben-Anschlag der DA auf die Janusz-Korczak-Schule in Hamburg anlässlich der Schul-Umbenennung. Korczak war polnischer Arzt, betrieb ein Waisenhaus und wurde zusammen mit den Kindern im KZ Treblinka ermordet.

30. Juli 1980 DA-Anschlag auf das Ausländer-sammellager in Zirndorf mit einer Rohrbombe.

2. August 1980 Anschlag auf den Bahnhof von Bologna, 85 Menschen sterben, über 200 werden verletzt. Verantwortlich gemacht und verurteilt wird eine Gruppe von Neofaschisten.



Zerstörtes Bahnhofsgebäude in Bologna 1980

7. August 1980 DA-Anschlag auf Flüchtlinge bei Stuttgart, zwei verletzte Eritreer.

22. August 1980 DA-Anschlag mit Molotow-Cocktails auf ein Asylbewerberheim in Hamburg, zwei Vietnamesen sterben durch Feuer.

3. Oktober 1980 4 Tote und 46 Verletzte bei einem Bombenanschlag auf eine Synagoge in Paris.

19. Dezember 1980 Ein mutmaßlicher Täter aus der WSG erschießt in Erlangen Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke an der Haustür, der Fall wird nur teilweise aufgeklärt.

20. Oktober 1981 Bombenanschlag vor einer Synagoge in Antwerpen durch Rechtsterroristen: 2 Tote, rund 100 Verletzte.

24. Juni 1982 Neonazi Helmut Oxner, Anhänger der NSDAP/AO, erschießt in einer Nürnberger Disco zwei US-Amerikaner und einen Ägypter. Nach einer Schießerei mit der Polizei tötet sich Oxner selbst.

2. August 1982 Stefan Wagner, Mitglied von WSG und „Sturm 7“, erschießt sich in Rodgau-Nieder-Roden, nachdem er zuvor vergeblich auf Passanten gefeuert und sich selbst bezichtigt hatte, am Oktoberfest-Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Später spekulierte Strauß über mögliche Täter; ein solches Attentat sei Gaddafi zuzutrauen, der Stasi oder dem KGB.

Die Wehrsportgruppe Hoffmann hingegen wurde nach dem Anschlag durch den bayerischen Innenminister und Strauß-Intimus Gerold Tandler exkulpiert: „Zu keinem Zeitpunkt“ habe sie „eine Gefährdung“ dargestellt.

So wurde Köhlers Gewaltakt nicht zum Anlass genommen, die Wehrsportgruppe, das braune Terrornetzwerk in der Bundesrepublik und die Rolle des Attentäters gründlich zu untersuchen. Es wäre die Chance gewesen, die rechte Clique auch hinter Köhler auszuleuchten. Stattdessen machten dessen Gesinnungsgenossen weiter.

Keine drei Monate nach dem Oktoberfest-Drama wurden in Erlangen der jüdische Autor und Verleger Shlomo Levin sowie seine Lebensgefährtin ermordet. Levin hatte eine kritische Reportage über die Wehrsportgruppe geschrieben und ihren Anführer Hoffmann mit Hitler verglichen. Als Täter verdächtigte die Polizei einen Bekannten Köhlers aus Tübingen: Uwe Behrendt. Doch der flüchtete über Hoffmanns bayerischen Wohnsitz Schloss Ermreuth in die DDR; Monate später wurde er im Libanon unter ungeklärten Umständen erschossen aufgefunden.

Es folgten Banküberfälle, um nach RAF-Vorbild Geld zu beschaffen. Dabei kam es in München zu einer tödlichen Schießerei auf offener Straße zwischen Neonazi und der Polizei; in Gießen wurden US-Soldaten durch Autobomben verwundet, in Frankfurt am Main lief ein weiterer Köhler-Kamerad, Stefan Wagner, Amok. Bevor er sich selbst erschoss, bekannte er sich seinen Geiseln gegenüber als Mittäter beim Oktoberfest-Anschlag.

Trotz ihrer umfangreichen Erkenntnisse hielten die Behörden an ihrer These vom „Alleintäter“ fest. Und das, obwohl selbst Köhlers Bruder Hermann bei der Polizei andere Schlüsse gezogen hatte. „Er war für eine Veränderung innerhalb der Bundesrepublik, wobei er sich als Teil einer kleinen Elitetruppe fühlte“, sagte er über Gundolf aus. „Diese Gruppe sollte im Fall einer Veränderung der Bundesrepublik zur Machtübernahme bereitstehen.“ Sein Bruder habe einen „gewalt-samen Umsturz“ gewollt, danach werde „das Volk nach einem Führer schreien“.

Strauß' Aussage, die Sicherheitsbehörden hätten alles „unter Kontrolle“, war mithin eine bewusste Verschleierung.

Köhlers Kameraden vom Tübinger Hochschulring, die Wehrsportgruppe und andere Terrorzellen der Rechten blieben nach dem Anschlag aufs Oktoberfest und dessen unterbliebener Aufklärung weiterhin außer Kontrolle – und die Gewalt der Rechtsextremen blieb ein ungelöstes Problem der Bundesrepublik.

TOBIAS VON HEYMAN, PETER WENSIERSKI